

von Hirschhausen, Christian

Article

Ein Atomkraftwerk in Hinkley Point: Das Ende des europäischen Binnenmarkts?

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: von Hirschhausen, Christian (2014) : Ein Atomkraftwerk in Hinkley Point: Das Ende des europäischen Binnenmarkts?, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 81, Iss. 42, pp. 1120-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/104019>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Prof. Dr. Christian von Hirschhausen ist Forschungsprofessor am DIW Berlin. Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Ein Atomkraftwerk in Hinkley Point: Das Ende des europäischen Binnenmarkts?

Die jüngste Entscheidung der Europäischen Kommission, die Subventionierung des Baus eines neuen Atomkraftwerks in Großbritannien, am Standort Hinkley Point, durchzuwinkeln und nicht wegen unerlaubter staatlicher Beihilfe zu stoppen, könnte der Sargnagel für den seit langem beschworenen europäischen Energiebinnenmarkt sein. Viele Anhänger der Idee dieses Binnenmarkts dürften durch diese Entscheidung vergrault werden. Denn tatsächlich ist die Begründung, mit der die EU-Kommission grünes Licht für den ersten Neubau eines Atomkraftwerks im Vereinigten Königreich seit mehreren Jahrzehnten gibt, an Absurdität nicht zu übertreffen: Es liege ein „Marktversagen“ vor, welches es angeblich trotz guter Rahmenbedingungen nicht erlaube, das Atomkraftwerk regulär zu finanzieren. Dabei wurde nicht nur vernachlässigt, dass die Subventionen – darunter eine über 35 Jahre garantierte Zahlung – wesentlich über der Unterstützung anderer Technologien liegen, sogar über der für erneuerbare Energien. Auch vernachlässigt die Entscheidung die Tatsache, dass seit der Zündung der ersten Atombombe im Jahr 1945 unter wettbewerblichen Marktbedingungen weltweit kein einziges Atomkraftwerk gebaut worden wäre. Dass ein Konsortium aus dem französischen Staatskonzern *Électricité de France* (EdF) und einem chinesischen Energiefonds zu dieser Regel eine Ausnahme darstellen sollte, ist eher unplausibel.

Dennoch ist der Reflex, die europäische Energiepolitik jetzt in Bausch und Bogen zu verdammen, falsch. Zum einen bedeutet die Entscheidung keineswegs, dass ausgerechnet

die teuerste und gefährlichste aller Energietechnologien tatsächlich auch zur Anwendung kommt. Mit den beiden laufenden Atomneubauprojekten in Frankreich und Finnland hat sich die Industrie durch Fehlplanungen und Zeitverzögerungen dermaßen vertan, dass vor deren Fertigstellung, die seit Jahren regelmäßig weiter in die Zukunft verschoben wird (und nun etwa für das Jahr 2020 erwartet wird), keine Entscheidung für einen weiteren Neubau fallen dürfte. Auch wird wohl die von der österreichischen Regierung angekündigte Klage gegen die Entscheidung der EU-Kommission erfolgreich sein – schließlich ist der Subventionstatbestand sonnenklar.

Vor allem bedarf es aber auch in Zukunft einer europäischen Koordinierung energie- und klimapolitischer Ziele, bezüglich derer in der kommenden Zeit wichtige Entscheidungen anstehen, etwa zur Reduktion der Treibhausgase, dem Anteil erneuerbarer Energieträger sowie der Energieeffizienz. Des Weiteren gibt es durchaus Fortschritte bei der europäischen Energiepolitik, so bei der grenzüberschreitenden Koordinierung von Strommärkten und der Planung des Netzausbaus. Darüber hinaus darf man nicht vergessen, dass auch die deutsche Energiewirtschaft und die Verbraucher von den europäischen Binnenmarkt-reformen „top down“ der 90er Jahre profitiert haben, unter anderem durch das Aufbrechen monopolistischer Strukturen und der vertikalen Trennung der Stromnetzbetreiber. Ohne Europa wäre die Energiewende undenkbar gewesen!



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
81. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Andreas Harasser
Sebastian Kollmann
Dr. Claudia Lambert
Dr. Anika Rasner
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Die beteiligten Institute

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01806 - 14 00 50 25,
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.